



Tourismus

Einführung einer Gasttaxe**1 Ausgangslage**

Zur Förderung des Tourismus im Raum St.Gallen-Bodensee ist im Jahre 1999 der Verein „St.Gallen-Bodensee Tourismus“ (SGBT) gegründet worden, der die Nachfolge der Tourist Information St.Gallen und des Verkehrsvereins der Stadt St.Gallen antrat. Mitglieder des Vereins sind St.Gallen und Rorschach sowie 18 weitere Gemeinden zwischen Gossau und St.Margrethen, ferner Hotelbetriebe sowie weitere touristische Leistungsträger. Aufgabe von „St.Gallen-Bodensee Tourismus“ ist das Marketing für die Destination St.Gallen-Bodensee. Gleichzeitig nimmt der Verein in der Stadt St.Gallen die Funktion eines örtlichen Tourismusvereins wahr und erfüllt die damit zusammenhängenden Aufgaben, insbesondere Information, Beratung und Betreuung der Gäste, Erbringen von touristischen Dienstleistungen wie Stadtführungen, Souvenirverkauf und Förderung der touristischen Attraktionspunkte der Stadt.

Die Tätigkeit von „St.Gallen-Bodensee Tourismus“ wird im Wesentlichen durch Beiträge der Städte St.Gallen und Rorschach, der weiteren Gemeinden, des Kantons St.Gallen sowie durch finanzielle Leistungen der Hotelbetriebe finanziert. Die Höhe und Struktur der Einnahmen von „St.Gallen-Bodensee Tourismus“ ist im Einzelnen in Anhang 1 zu dieser Vorlage dargestellt. Die Stadt St.Gallen entrichtet seit 1993 einen jährlichen Beitrag von 395'000 Franken. Die dem Hotelier-Verein der Stadt St.Gallen angeschlossenen Betriebe erbrachten bis Ende 2000 Leistungen von jährlich zwischen 150'000 und 175'000 Franken. Diese Leistungen wurden mit einer Gasttaxe finanziert, welche die angeschlossenen Betriebe auf privatrechtlicher Basis entrichteten. Grundlage dafür war ein Vertrag (mit zugehörigem - privatrechtlichem - Reglement), der im Jahre 1989 zwischen dem Verkehrsverein der Stadt St.Gallen und dem Hotelierverein der Stadt St.Gallen abgeschlossen worden war. Der Vertrag sah vor, dass der Hotelierverein seine Mitglieder für die Dauer ihrer Mitgliedschaft zur



Erhebung einer Gasttaxe verpflichtet und dass der Verkehrsverein die dadurch eingebrachten Mittel für die Werbung zugunsten der Stadt St.Gallen verwendet. Das Reglement regelte die Höhe der zu erhebenden Gasttaxe abgestuft nach den verschiedenen Beherbergungskategorien.

Dieses Vorgehen auf privatrechtlicher Basis hatte den Vorteil, dass es auf einer einvernehmlichen Regelung der Beteiligten beruhte. Positiv war überdies, dass es die Erhebung einer gegenüber den Gästen auszuweisenden - öffentlichrechtlichen - Gasttaxe entbehrlich machte. Der entsprechende Betrag war im Preis der Hotelunterkunft eingeschlossen. Diese Lösung war jedoch seit jeher mit dem Nachteil behaftet, dass dem Hotelierverein nicht angeschlossene Betriebe durch die privatrechtliche Regelung nicht gebunden waren und als „Trittbrett-Fahrer“ von den touristischen Leistungen von „St.Gallen-Bodensee Tourismus“ Nutzen zogen, ohne an die Kosten beizutragen. Bisher gehörten dem Hotelierverein der Stadt St.Gallen in der Stadt 15 Hotels mit 759 Betten, ferner in der Gemeinde Gaiserwald drei Hotels mit 191 Betten an. Acht Hotels und gewerbliche Beherbergungsbetriebe mit ca. 240 Betten sowie die Jugendherberge mit 80 Betten waren nicht Mitglieder des Vereins und entrichteten auch keine Gasttaxen-Beiträge an „St.Gallen-Bodensee Tourismus“. Auf Ende 2000 wurde der vertraglichen Regelung von 1989 zudem der Boden entzogen, indem sich der Hotelierverein der Stadt St.Gallen auflöste. Die einzelnen Hotelierbetriebe entrichteten ab dem Jahre 2001 keine der Vereinbarung entsprechenden Gasttaxen-Beiträge mehr. An die Stelle des allgemeinen Vertrages von 1989 traten Vereinbarungen zwischen „St.Gallen-Bodensee Tourismus“ und einzelnen Hotelierbetrieben, die als Leistungsvereinbarungen konkrete, von den entsprechenden Hotelbetrieben gewünschte Leistungen von „St.Gallen-Bodensee Tourismus“ abgelten sollten. Inhaltlich betreffen diese Leistungsvereinbarungen naturgemäss Leistungen, die für die einzelnen Betriebe direkte und unmittelbare Wirkungen entfalten. Die übergreifenden Marketing-Aufgaben zu Gunsten der touristischen Destination St.Gallen-Bodensee finden in diesen Leistungsvereinbarungen jedoch keine ausreichende Berücksichtigung. Die Leistungsvereinbarungen vermögen überdies den Ertragsausfall nicht vollständig abzudecken, der sich aus dem Wegfall der früheren privatrechtlichen Gasttaxe ergibt. Die entsprechenden Einnahmen für „St.Gallen-Bodensee Tourismus“ belaufen sich jährlich nur noch auf Fr. 130'000 statt wie bis Ende 2000 auf jährlich Fr. 150'000 bis 175'000 Franken. Leistungsvereinbarungen werden zudem nur durch einen Teil der Beherbergungsbetriebe abgeschlossen.

In der Zwischenzeit ist ein neuer Hotelier-Verein St.Gallen (HVSG) gegründet worden. Dessen Präsidialgremium hat sich darum bemüht, die Finanzierung der Aufgaben von „St.Gallen-Bodensee Tourismus“ erneut durch eine privatrechtliche Gasttaxe sicher zu stellen. Diese Anstrengungen blieben leider ohne Erfolg.



2 Einführung einer öffentlichrechtlichen Gasttaxe

Diese Entwicklung macht es erforderlich, die Finanzierung der Aufgaben von „St.Gallen-Bodensee Tourismus“ durch die Einführung einer öffentlichrechtlichen Gasttaxe sicher zu stellen. Diese soll an die Stelle der früheren privatrechtlichen Gasttaxe treten. Das kantonale Tourismusgesetz gibt der politischen Gemeinde diese Möglichkeit. Gleichartige öffentlichrechtliche Abgaben werden in anderen Städten und Gemeinden des Kantons St.Gallen, so in Rorschach, Rapperswil und Jona erhoben. Es ist aber auch aus einem weiteren Grunde unabdingbar, eine angemessene Beitragsleistung der Tourismus-Branche an die Tourismus-Förderung sicher zu stellen: Die Stadt St.Gallen leistet an „St.Gallen-Bodensee Tourismus“ jährliche Beiträge in namhafter Höhe (vgl. oben Ziff. 1). Der Stadtrat hat bereits im Jahre 1992 im Zusammenhang mit der Erhöhung der städtischen Subventionen an den Verkehrsverein dargelegt, dass sich die Leistung öffentlicher Beiträge - soweit es nicht um die Abgeltung von Leistungen geht, die primär der Stadtbevölkerung dienen - nur rechtfertigen lässt, wenn seitens der Tourismusbranche als Nutzniesserin der Tourismusförderung ins Gewicht fallende Eigenleistungen erbracht werden. Der Grosse Gemeinderat hat diese Feststellung bekräftigt. Soll die Grundlage für den bisherigen städtischen Beitrag an „St.Gallen-Bodensee Tourismus“ erhalten bleiben, so ist es notwendig, für die bisher durch eine privatrechtliche Gasttaxe finanzierten Leistungen der Hotelierbetriebe Ersatz durch eine analoge öffentlichrechtliche Abgabe zu schaffen.

3 Rahmen des Tourismusgesetzes

Das kantonale Tourismusgesetz vom 26. November 1995 (sGS 575.1; im Folgenden: TG) regelt neben der Unterstützung von Tourismusorganisationen durch den Kanton die Finanzierung der Tourismusförderung durch die politischen Gemeinden. Art. 16 Abs. 1 TG sieht vor, dass die politische Gemeinde Tourismusabgaben von den Gästen oder von den Nutzniessenden des Tourismus, wozu namentlich Hotelbetriebe und Restaurants zu zählen sind, erheben kann. Art. 16 Abs. 2 TG bestimmt, dass die Tourismusabgaben im überwiegenden Interesse der Abgabepflichtigen zu verwenden sind. Tourismusabgaben von Gästen dürfen nach ausdrücklicher gesetzlicher Vorschrift nicht zu Werbezwecken verwendet werden. Aufgrund der Rechtsprechung, welche das Bundesgericht zu den Kurtaxen (Gasttaxen) entwickelt hat, müssen die Erträge solcher Abgaben für Einrichtungen oder Tätigkeiten verwendet werden, die im Interesse der Gäste geschaffen werden und die für die einheimische Bevölkerung nicht - oder zumindest nicht in gleichem Masse - bereit gestellt würden. Als solche



Einrichtung gilt namentlich ein Tourismus-Informationen-Büro mit den dazu gehörenden Dienstleistungen für die Gäste.

Für die im Bereich der Tourismusaufgaben entfallenden Einnahmen soll Ersatz durch die Einführung einer Gasttaxe geschaffen werden. Für diese Lösung spricht, dass eine Gasttaxe sachlich der Finanzierung gleichkommt, die bisher auf privatrechtlicher Basis praktiziert wurde. Zudem wird die gleiche Regelung getroffen, wie sie bereits in der Stadt Rorschach gilt, die wie die Stadt St.Gallen zur Tourismus-Destination St.Gallen-Bodensee gehört. Für dieses Vorgehen spricht zudem, dass Art. 19 Abs. 1 TG vorsieht, dass die politischen Gemeinden mit zusammenhängendem Tourismusgebiet ihre Regelungen aufeinander abstimmen. Eine Gasttaxe (Kurtaxe) wird im Übrigen auch in der Stadt Rapperswil und in der Gemeinde Jona erhoben. Im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens (dazu Näheres unter Ziff. 7) ist die Forderung erhoben worden, für die Finanzierung der Tourismusaufgaben sollten nicht nur die Beherberger herangezogen werden, sondern sämtliche Nutzniessenden des Tourismus, so unter anderem Restaurants, Souvenirgeschäfte, Geschäfte mit touristisch relevantem Angebot. Das Tourismusgesetz würde dies erlauben. Die Belastung sämtlicher Nutzniesser des Tourismus wäre indes äusserst kompliziert und aufwändig. Auf die Erhebung einer solchen Tourismusabgabe - die auch anderswo im Tourismusgebiet St.Gallen-Bodensee nicht besteht - soll deshalb verzichtet werden. Dies rechtfertigt sich auch deshalb, weil die Beherberger nicht eigentliche Träger der Gasttaxe sind, sondern diese nur bei den Gästen zu erheben haben.

4 Ausgestaltung der Gasttaxe

Der Entwurf für das Gasttaxen-Reglement (GR) der Stadt St.Gallen lehnt sich weitgehend an die Reglemente an, die im Jahr 2000 in der Stadt Rapperswil und in der Gemeinde Jona beschlossen und vom Volkswirtschaftsdepartement genehmigt worden sind. Im Gegensatz zu jenen beiden Reglementen wird die Abgabe jedoch nicht als Kurtaxe, sondern als Gasttaxe bezeichnet. Sachlich ergibt sich daraus jedoch kein Unterschied.

4.1 Subjekt und Objekt der Abgabe

Als Gast und damit als Abgabesubjekt gilt jede natürliche Person, die in der Stadt St.Gallen übernachtet und die Möglichkeit hat, das touristische Angebot zu benützen, ohne dass sie in der Politischen Gemeinde St.Gallen steuerrechtlichen Wohnsitz oder Wochenaufenthalt be-



gründet hat (Art. 3 lit. a GR). Gast ist auch, wer - ohne dass Wohnsitz oder Wochenaufenthalt gegeben ist - in der Politischen Gemeinde St.Gallen Grundeigentum besitzt und dort übernachtet. Die Abgabe wird im Regelfall pro Logiernacht erhoben (Art. 7 GR).

Von dieser umfassenden Abgabepflicht werden eine Reihe von Personen ausgenommen, bei denen nur ein geringer Bezug zum Tourismus besteht oder bei denen eine Erhebung der Gasttaxe wegen der unentgeltlichen Beherbergung durch Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt ausser Betracht fallen muss. Von der Abgabepflicht ausgenommen sind namentlich Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren; Personen, die unentgeltlich im Haushalt von Personen übernachten, die in der Stadt St.Gallen Wohnsitz oder Wochenaufenthalt haben; Personen, die aus beruflichen Gründen während mindestens drei Wochen in der Politischen Gemeinde St.Gallen übernachten sowie Personen, die sich zum Besuch einer Schule oder zur Erlernung eines Berufes in der Politischen Gemeinde St.Gallen aufhalten (Art. 5 GR). Nicht zum Besuch einer Schule zählt der Besuch von einzelnen Seminarien, Kursen oder Fortbildungen. Nicht von der Gasttaxe befreit sind im Übrigen auch Personen, die aus beruflichen Gründen in der Stadt St.Gallen übernachten, ohne dass die Aufenthaltsdauer von drei Wochen erreicht wird. Art. 6 GR erteilt die Ermächtigung, Personen oder Personengruppen im Einzelfall von der Gasttaxenpflicht auszunehmen, wenn sachliche Gründe vorliegen.

4.2 Bemessung

Die Höhe der Gasttaxe wird im Gasttaxenreglement selber geregelt (Art. 9 GR). Der Stadtrat wird ermächtigt, die Sätze anzupassen, wenn der Landesindex der Konsumentenpreise um mehr als 5 % angestiegen ist (Art. 10 GR). Die Gasttaxe wird im Regelfall pro Logiernacht erhoben (Einzelgasttaxe; Art. 7 GR). In Ausnahmefällen tritt an die Stelle der Einzelgasttaxe eine Pauschalgasttaxe pro Bett als Jahrespauschale oder es kann eine Pauschalierung auf Grund der geschätzten Übernachtungen vereinbart werden (Art. 8 GR).



Im Einzelnen ist folgende Ausgestaltung vorgesehen:

Gasttaxenreglement

Bisherige privatrechtliche Regelung

Einzelgasttaxe

- a) Hotels, Pensionen, Gasthäuser,
Kurhäuser

5-, 4-Stern	Fr. 1.45	4-Stern	Fr. 1.45*
3-Stern	Fr. 1.20	3-Stern	Fr. 1.20*
2-, 1-Stern	Fr. 1.00		Fr. 1.05*

- b) Jugendherbergen, Ferienwoh-
nungen, Gruppenunterkünfte,
Zelte, Wohnwagen

Fr. -.80

ab vollendetem 16. Altersjahr

ab vollendetem 12. Altersjahr

Pauschalgasttaxe

Fr. 30.– pro Bett,
maximal Fr. 150.–

*hinzugeschlagen wurde Fr. 0.10
für den Bedarf des Hoteliervor-
eins der Stadt St.Gallen

Im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens ist gefordert worden, die Ansätze der Einzelgasttaxe wegen der wirtschaftlich schwierigen Lage der Hotellerie auf Fr. 1.20 für 5- und 4- Stern-Hotels, auf Fr. 1.– für 3-Stern-Hotels und auf Fr. 0.80 in allen übrigen Fällen festzulegen. Weil künftig auch jene Betriebe erfasst würden, die sich an der früheren privatrechtlichen Regelung nicht beteiligt hätten, ergebe sich für „St.Gallen-Bodensee Tourismus“ kein Ausfall. Diesem Vorschlag ist nicht zu folgen. Der im Reglement vorgesehene Tarif bringt im Vergleich zu den bisherigen privatrechtlichen Beträgen bei den Hotels keine Erhöhung, sondern eine Entlastung. Diese tritt dadurch ein, dass der bisher vom Hoteliervorband erhobene Zuschlag von Fr. 0.10 für den Erhebungsaufwand entfällt. Bei den unteren Kategorien ergibt sich die Entlastung zudem durch eine Herabsetzung des Ansatzes von bisher Fr. 1.05 auf



Fr. 1.—. Auf Fr. -.80 angesetzt ist die Gasttaxe für die neu abgabepflichtigen einfachen Unterkünfte.

Die erwarteten Einnahmen aus der Gasttaxe werden in der Stadt St.Gallen bei einer Zahl von Logiernächten zwischen 135'000 und 150'000 pro Jahr auf ca. 150'000 Franken geschätzt. Von den Hotelbetrieben in der Gemeinde Gaiserwald ist bei ca. 20'000 Logiernächten ein Ertrag von ca. 25'000 Franken zu erwarten (vgl. Ziff. 5 betr. Einführung einer gleichartigen Gasttaxe in der Gemeinde Gaiserwald). Weil mit der öffentlich-rechtlichen Gasttaxe sämtliche Betriebe, d.h. auch die bisherigen „Trittbrett-Fahrer“, und daneben auch Betriebe der Parahotellerie belastet werden, ergibt sich ein zu erwartender Mehrertrag von rund Fr. 20'000.—. Dieser Mehrertrag ist – abgesehen von der Teuerung – aber dadurch ausgewiesen, dass künftig der Erhebungsaufwand für die Gasttaxe bei „St.Gallen-Bodensee Tourismus“ anfallen wird. Dieser Erhebungsaufwand wird wegen der Erfassung der neuen Beherbergungskategorien zudem grösser als bisher sein.

4.3 Vollzug der Abgaben

Art. 18 TG bestimmt, dass die politische Gemeinde die Veranlagung, den Bezug und die Verwendung der Tourismusabgaben Dritten übertragen kann. Von dieser Möglichkeit wird im Reglement Gebrauch gemacht. Der Vollzug des Gasttaxen-Reglements wird dem Verein „St.Gallen-Bodensee Tourismus“ übertragen (Art. 2 GR). Der Verein übt auf Grund der Übertragung dieser öffentlichen Abgabe alle Befugnisse aus, die sonst der Verwaltung zustehen würden. Entsprechend sind gegen Verfügungen des Vereins die ordentlichen verwaltungsrechtlichen Rechtsmittel an den Stadtrat und die kantonalen Rechtsmittelinstanzen gegeben (Art. 14 GR). Bereits auf Grund des kantonalen Rechts ergibt sich, dass die mit dem Vollzug des Reglements beauftragten Personen der Pflicht zu gewissenhafter Amtsführung und der Schweigepflicht unterstellt sind, auch wenn sie nicht der Verwaltung angehören (Art. 151 und 155 GG). Sie sind für ihre Tätigkeit in gleicher Weise verantwortlich wie Behördemitglieder, Beamte oder Angestellte (Art. 157 GG).

Das vom Stadtrat zu erlassende Vollzugsreglement sieht vor, dass „St.Gallen-Bodensee Tourismus“ eine Kommission schafft, die sich der Behandlung der Fragen widmet, die mit der Gasttaxe in Zusammenhang stehen. In dieser Kommission sollen die Beherberger und die politische Gemeinde St.Gallen vertreten sein. Das Vollzugsreglement des Stadtrates sieht weitere Ausführungsbestimmungen vor. Soweit die Praxis in der Zukunft



weitere Ausführungsbestimmungen erforderlich machen sollte, können diese durch den Stadtrat erlassen werden.

4.4 Verwendung der Abgaben

Die Erträge aus der Gasttaxe sind gemäss Art. 16 Abs. 2 TG im überwiegenden Interesse der Abgabepflichtigen zu verwenden. Ausgeschlossen ist die Verwendung für Werbezwecke. Dieses Verbot ergibt sich auch aus der bundesgerichtlichen Rechtsprechung. Art. 1 Abs. 2 GR nimmt mit dem Verweis auf Art. 16 TG auf diese Beschränkung Bezug. Um eine vollumfängliche Transparenz hinsichtlich der Erhebung und Verwendung der Gasttaxen sicherzustellen, bestimmt das Vollzugsreglement, dass „St.Gallen-Bodensee Tourismus“ über das Gasttaxenwesen gesondert Buch zu führen hat. Der Stadt St.Gallen ist Bericht und Rechnung über die Verwendung der Gasttaxen abzulegen.

5 Koordination mit anderen Gemeinden

Art. 19 TG bestimmt, dass politische Gemeinden mit zusammenhängenden Tourismusgebieten ihre Reglemente aufeinander abstimmen. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass die Stadt Rorschach gleichartige Abgaben (dort allerdings unter der Bezeichnung „Kurtaxen“) erhebt, wie sie nunmehr für die Stadt St.Gallen vorgeschlagen werden. Von besonderer Bedeutung für die Hotelierbetriebe in der Stadt St.Gallen ist zudem die Abstimmung mit der Gemeinde Gaiserwald, die - vor allem wegen des Säntisparks - über ca. 20'000 Logiernächte verfügt. Um eine Schlechterstellung der städtischen Hotelierbetriebe auszuschliessen, die zwischen 135'000 und 150'000 Logiernächten aufweisen, ist es erforderlich, dass eine gleichartige Abgabe auch in der Gemeinde Gaiserwald erhoben wird. Seitens der Gemeinde Gaiserwald ist die Bereitschaft erklärt worden, den Abschluss einer analogen Vereinbarung oder den Erlass eines analogen Reglements in die Wege zu leiten. Die erforderliche Parallelität kann bei der Inkraftsetzung des städtischen Reglements sichergestellt werden. Sollte es wider Erwarten nicht zur Erhebung einer analogen Abgabe in der Gemeinde Gaiserwald kommen, so wäre auf eine Inkraftsetzung des städtischen Reglements zu verzichten.



6 Zusammenfassung

Die Finanzierung der Tourismus-Förderung in der Stadt St.Gallen und in der Destination St.Gallen-Bodensee ist bis anhin durch Eigenleistungen der am Tourismus interessierten Kreise sowie durch Mittel der öffentlichen Hand erfolgt. Die Eigenleistungen wurden vor allem durch den Ertrag der Gasttaxe erbracht, die der Hotelierverein der Stadt St.Gallen bei seinen Mitgliedern auf privatrechtlicher Basis erhob und „St.Gallen-Bodensee Tourismus“ zur Verfügung stellte. Die bisherige privatrechtliche Tourismus-Finanzierung wurde auf Ende 2000 beendet, obwohl sich diese privatrechtliche Finanzierung - abgesehen vom Problem der „Trittbrett-Fahrer“ - weitgehend bewährt hat und andernorts mit Erfolg praktiziert wird. Eine neue zweckmässige und von solidarischem Handeln getragene privatrechtliche Finanzierungsregelung konnte zum Bedauern sowohl der Politischen Gemeinde St.Gallen als auch des Hotelier-Vereins St.Gallen nicht mehr erreicht werden. Erbringt die Tourismusbranche keine ausreichende Eigenleistungen an die Tourismus-Förderung, so wird damit auch den bisherigen finanziellen Leistungen der Stadt der Boden entzogen. Finanzielle Leistungen der Hotelierbetriebe, die zur Hauptsache projektbezogen sind, sind kein ausreichender Ersatz. Solche Leistungen sind nicht geeignet, das übergreifende Marketing für die Destination St.Gallen-Bodensee zu finanzieren. Unter diesen Umständen ist als Ersatz für die bisherigen privatrechtlichen Gasttaxen die Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Gasttaxe erforderlich. Ein Verzicht auf die bisherigen Marketinganstrengungen zugunsten der Destination St.Gallen-Bodensee ist im intensiver gewordenen Standortwettbewerb undenkbar.

7 Vernehmlassungsverfahren

Über das in Aussicht genommene Reglement ist ein Vernehmlassungsverfahren durchgeführt worden. Damit sollte den interessierten Kreisen insbesondere Gelegenheit geboten werden, doch noch eine Einigung über den Abschluss einer neuen privatrechtlichen Vereinbarung zu erzielen. Eine solche Einigung konnte nicht erzielt werden. Bei dieser Sachlage ist der Erhebung einer öffentlich-rechtlichen Gasttaxe weder vom Hotelier-Verein St.Gallen noch von den einzelnen Hotelier-Betriebe, die eine Vernehmlassung eingereicht haben, grundsätzlich Widerstand erwachsen. In den Vernehmlassungen wurden zu einzelnen Detailfragen Änderungsvorschläge gemacht. Diese konnten weitgehend berücksichtigt werden. Gefordert wurde darüber hinaus die Einführung einer umfassenden Tourismusabgabe von sämtlichen Nutzniessenden des Tourismus und tiefere Ansätze für die Gasttaxen. Diesen beiden Forderungen konnte nicht entsprochen werden.



8 Anträge

1. Es wird ein Gasttaxenreglement gemäss beiliegendem Entwurf erlassen.
2. Es wird festgestellt, dass das Gasttaxenreglement gemäss Art. 7 Ziff. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum unterliegt.

Der Stadtpräsident:
Christen

Im Namen des Stadtrates
Der Stadtschreiber:
Linke

Beilagen:
Entwurf Gasttaxenreglement
Übersicht Einnahmen "St.Gallen-Bodensee Tourismus"

